Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Ausschussbetreuender Fachbereich **Bildung, Kultur, Schule und Sport**	Datum 20.10.2006
	Schriftführerin Susanne Baran Telefon-Nr. **02202/14-2554**

Niederschrift

Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport	**Sitzung am Dienstag, dem 26. September 2006**
Sitzungsort **Wilhelm-Wagener-Schule, Aula, Ginsterweg 9, 51427 Bergisch Gladbach**	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:00 Uhr - 20:25 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Sitzungsteilnehmer
Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

A **<u>Öffentlicher Teil</u>**

1. **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**
Seite A5

2. **Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil -**
Seite A5

3. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 31.05.2006 - öffentlicher Teil**
452/2006, Seite A5

4. **Mitteilungen des Vorsitzenden**
Seite A5

5. **Mitteilungen des Bürgermeisters**
Seite A6

6. **Jahresbericht "Selbstständige Schule"**
440/2006, Seite A6

7. **Vorstellung des novellierten Schulgesetzes**
419/2006, Seite A8

8. **Bestimmung der beratenden und stimmberechtigten Mitglieder der Schulkonferenzen zur Wahl der Schulleitungen**
454/2006, Seite A9

9. **Gutes Abschneiden bei Vergleichsarbeiten**
436/2006, Seite A9

10. **Sachstandsbericht Offene Ganztagsschule**
421/2006, Seite A10

11. **Netzwerkadministrator für das Schulzentrum Saaler Mühle**
446/2006, Seite A10

12. **Feststellung des Jahresabschluss 2005 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "GL Kultur / Kulturbetrieb Bergisch Gladbach"**
361/2006, Seite A11

13. **Halbjahresbericht 1. Halbjahr 2006 für GL Kultur / Kulturbetrieb Bergisch Gladbach**
362/2006, Seite A11

14. **Bericht des Stadtarchivs über das erste Halbjahr 2006**
431/2006, Seite A13

15. **Anpassung der Betriebssatzung der städtischen Kultureinrichtung "GL-Kultur / Kulturbetrieb Bergisch Gladbach" an die neue Eigenbetriebsverordnung**
263/2006, Seite A14

16. **Benennung eines Wirtschaftsprüfers für die Jahresabschlüsse der Wirtschaftsjahre 2006 und 2007 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Gl-Kultur / Kulturbetrieb Bergisch Gladbach"**
243/2006, Seite A14

17. **Sonderförderung Kulturprojekte 2. Halbjahr 2006**
458/2006, Seite A15

18. **Verabschiedung Kulturförderrichtlinien**
451/2006, Seite A16

19. **Abschlussbericht Projekt Ost-West-Integration**
418/2006, Seite A17

20. **Entgelte für die VHS-Veranstaltungen 2007**
403/2006, Seite A17

21. **Neues Konzept Bücherei Bensberg**
430/2006, Seite A18

22. **Neues Konzept Erdgeschoss Villa Zanders**
429/2006, Seite A19

23. **Annahme einer Schenkung**
318/2006, Seite A20

24. **Fußballweltmeisterschaft 2006, Brief des Außenministers**
441/2006, Seite A20

25. **Anerkennung der Förderungswürdigkeit der Maßnahmen gemäß den Richtlinien für die Sportförderung der Stadt Bergisch Gladbnach**
405/2006, Seite A20

26. **Änderungsvereinbarung zum Trägerschaftsvertrag Bürgerzentrum Refrath Steinbreche**
360/2006, Seite A21

27. **Verlängerung des Besitzüberlassungsvertrages Bürgerzentrum Schildgen**
437/2006, Seite A21

28. **Anträge der Fraktionen**
Seite A22

29. **Anfragen der Ausschussmitglieder**
Seite A22

B **<u>Nichtöffentlicher Teil</u>**

1. **Genehmigung der Niederschrift - nichtöffentlicher Teil -**
Seite B1

2. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 31.05.2006 - nicht-öffentlicher Teil -**
453/2006, Seite B1

3. **Mitteilungen des Vorsitzenden**
Seite B1

4. **Mitteilungen des Bürgermeisters**
Seite B1

5. **Besetzung von Funktionsstellen an städtischen Schulen**
455/2006, Seite B1

6. **Anträge der Fraktionen**
Seite B2

7. **Anfragen der Ausschussmitglieder**
Seite B2

Protokollierung

A **Öffentlicher Teil**

1 **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**

@->
Herr Hoffmann, Schulleiter der Wilhelm-Wagener-Schule, gibt dem Ausschuss eine kurze Einführung in die Arbeit seiner Schule.

Herr Dr. Miege eröffnet um 17.00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Kirchen und Verbände, die Vertreter der Verwaltung, insbesondere Herrn Mumdey als neuen Kämmerer, die Presse und die Gäste, stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung des Ausschusses und die fehlenden bzw. stellvertretenden Ausschussmitglieder (siehe Anwesenheitsliste) fest und tritt in die Tagesordnung ein.

Herr Dr. Kerschner als Vertreter für Herrn Alef wird von Herrn Dr. Miege in feierlicher Form zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben verpflichtet.

<-@

2 **Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil -**

@->
Die Niederschrift wird vom Ausschuss einstimmig genehmigt.

<-@

3 **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 31.05.2006 - öffentlicher Teil**

@->
Die Mitteilungsvorlage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

<-@

4 **Mitteilungen des Vorsitzenden**

@->
Der Vorsitzende macht keine Mitteilungen.

<-@

5 Mitteilungen des Bürgermeisters

@->
Herr Dr. Speer erläutert, dass die Vorlage zu den Sporthallenbenutzungsgebühren aufgrund des aufwändigen Verfahrens der Datenerhebung dem Ausschuss erst im November vorgelegt werden könne. Die Sportverwaltung habe zunächst bei allen Sportvereinen eine Abfrage gestartet, welche Kapazitäten von den Vereinen benötigt würden. Anhand dieser Meldungen werde die Verwaltung den Sportvereinen die genutzten Hallenstunden in Rechnung stellen. Dies werde an die zu erzielende Einnahme in Höhe von 25.000 € angepasst, die durch die Hallenbenutzungsgebühren erreicht werden solle. Im November 2007 werde man dann dem Ausschuss dann wieder berichten, zu welchen Konditionen Sporthalleneinheiten im Jahr 2008 vermietet werden können.

<-@

6 Jahresbericht "Selbstständige Schule"

@->
Herr Dr. Miege schlägt vor, die Schulen einzeln zu besprechen, auftretende Fragen von Frau Baran aufnehmen zu lassen und den Schulleitern diese dann zur schriftlichen Beantwortung zukommen zu lassen. Dem Vorgehen wird zugestimmt. (nachrichtlich: die Beantwortung der Fragen wird der Einladung für die nächste Ausschusssitzung beigefügt, da aufgrund der Herbstferien eine Beantwortung mit dem Protokoll nicht möglich war).

Herr Dr. Miege macht darauf aufmerksam, dass das neue Schulgesetz in einer Reihe von Punkten noch nicht eingearbeitet worden sei.
Herr Dr. Speer berichtet, dass man in Absprache mit allen Beteiligten aufgrund der umfangreichen Tagesordnungen des September- und Novemberausschusses auf eine gemeinsame Sitzung mit dem Schulausschuss Odenthal verzichtet habe. Als Geschäftsführer der Regionalen Steuergruppe werde er an der Ausschusssitzung in Odenthal teilnehmen.

Albertus-Magnus-Gymnasium
Herr Schier fragt bzgl. der „Evaluation des Projektes Fachraumprinzips“ an, ob die Schüler auch Fragebögen erhalten hätten oder ob dies noch vorgesehen sei.
Herr Zalfen erkundigt sich, warum den Schülern das Zeugnisblatt nicht ausgehändigt werde.
Zudem sei ausgefallen, dass in der gesamten Vorlage übermäßig viele Abkürzungen enthalten seien, die nicht erklärt würden. Zudem möchte er wissen, was ein „Stillphoto“ sei. Herr Dr. Speer erklärt, dass dies Fotos seien, die auf ein Handy heruntergeladen werden können.

Wilhelm-Wagener-Schule
Frau Koshofer fragt an, was die Abkürzung „FÖSS-Klasse“ bedeutet. Herr Dr. Miege fügt an, dass alle Schulen gebeten werden, die verwendeten Abkürzungen zu erläutern.
Frau Lehnert erkundigt sich, ob es auch Langzeitpraktika gebe.

Gymnasium Odenthal

Herr Zalfen erkundigt sich nach der Bedeutung der Abkürzungen „BSCW Server“, „SEIS“, „OPUS“, „SELGO“ und „GO NAT“ und möchte wissen, was sich hinter der „Altenberger Methodenkonzeption“ verbirgt.

GGS Bensberg
Frau Lehnert möchte wissen, wie viele Kinder es seien, die nicht an dem Konzept teilnehmen.
Herr Mömkes erklärt, dass er der Vorlage entnehme, dass die ersten beiden Klassen nur zwei Stunden Fachunterricht am Tag haben und möchte wissen, ob dies tatsächlich so sei.
Herr Zalfen bittet um ein Musterexemplar des Diagnosetests Hamburger Schreibprobe und erklärt sich erfreut darüber, dass in jeder Klassenstufe Lektüre gelesen werde.

Otto-Hahn-Gymnasium
Herr Zalfen erkundigt sich in Bezug auf das Projekt „Bildung von Stammklassen in der Jahrgangsstufe 11“, wie der Übergang von Real- und Hauptschülern ins Gymnasium zukünftig geregelt werde, ob es dafür weiterhin Sonderförderungsklassen gebe.
Herr Knoch antwortet, dass es am OHG derzeit so gehandhabt werde, dass die Übergänger zusammengefasst und in den Fächern Deutsch, Englisch und Mathematik in einem Klassenverband unterrichtet werden. Mit der zukünftigen Schulzeitverkürzung sei eine solche Einführungsklasse nicht mehr notwendig, da die Übergänger nach der 10. Klasse in ihrer Schulform in die 10. Klasse der Oberstufe des Gymnasiums kämen.
Herr Dr. Kerschner erkundigt sich, ob das Fach Physik noch als eigenständiges Fach unterrichtet werde oder ob es komplett in der experimentellen Naturwissenschaft aufgegangen sei. Herr Knoch erläutert, dass man nur die Fächer aufgelistet habe, die sich im Rahmen „Selbstständiger Schule“ verändert haben, an dem Fach Physik habe sich nichts geändert.

Realschule Herkenrath
Herr Dr. Bernhauser erkundigt sich, ob es für die „Sommerschule“ ein eigenes Budget gebe, oder ob es sich um freiwilliges und ehrenamtliches Engagement der Lehrerinnen und Lehrer handle.

Johanniter-Hauptschule
Herr Mömkes fragt an, was der Begriff der Korrespondenzschule bedeutet.
Herr Dr. Speer erläutert, dass man damit Schulen bezeichne, die sich noch nicht als „Selbstständige Schule“ beworben haben, sich jetzt gerne am Projekt beteiligen möchten, aber nicht die Privilegien einer echten „Selbstständigen Schule“ genießen.

Regionale Steuergruppe
Herr Schier fragt an, ob nicht die Möglichkeit bestünde, zusätzlich zu Odenthal mit anderen Städten wie Rösrath, Overath oder Wermelskirchen zusammenzuarbeiten.
Er möchte wissen, ob das Beratungsangebot des Regionalen Bildungsbüros für die Schulen kostenpflichtig sei und wie dieses Angebot aussehe.
<-@

7 Vorstellung des novellierten Schulgesetzes

@->
Herr Knoch, Leiter des Otto-Hahn-Gymnasiums, stellt die Änderungen des Schulgesetzes aus schulischer Sicht vor.
Hinsichtlich seiner Ausführungen wird auf die Tischvorlage verwiesen.

Herr Dr. Bernhauser merkt an, dass eine Verkürzung der Schulzeit um ein Jahr sowie eine Vorverlegung der Schulpflicht zu 16-17 jährigen Abiturienten führe und stellt in Frage, ob dies sinnvoll sei. Herr Knoch antwortet, dass diese Zahlen nicht ganz stimmen würden. Der derzeitige Abiturient sei 19 Jahre oder älter, der zukünftige sei 18 Jahre alt. Der Erstklässler sei künftig im Schnitt 6 Jahre alt, der derzeitige sei 6 ½ Jahre und älter. Die Eltern würden zudem eine frühere Einschulung begrüßen.
Herr Schier erklärt, dass der internationale Vergleich zeige, dass es dort die Regel sei, dass 18jährige ihren Schulabschluss machen und dies sinnvoll sei.

Herr Dr. Miege erklärt, dass bei der Lehrerbesetzung aller Schulen mit 104 % ein Denkfehler vorliege, da der Beamte mit seiner Pflichtstundenzahl einzusetzen sei, so dass man Entlastungsassessoren bräuchte. Herr Knoch erklärt, dass es auch andere denkbare Modelle gebe, so könnte man bspw. einen größeren Bereich in den Bereich der AGs geben. Bei erhöhtem Krankenstand könnten die AG-Lehrer regulären Unterricht übernehmen.

Herr Schier fragt an, wie der „Schul-TÜV“ in der Praxis umgesetzt werden solle. Herr Knoch erläutert, dass die Prüfer Schulaufsichtsbeamte seien, wobei einer der Teilnehmer jeweils von der jeweiligen Schulform sein müsse.
Frau Koshofer möchte wissen, wer die Fragebögen hinterher auswertet. Herr Knoch erläutert, dass es hinterher ein Beratungsgespräch zwischen Schule und Inspektoren geben solle.
Herr Mumdey möchte wissen, ob die Schulen die Möglichkeit haben, ihr Ergebnis zu veröffentlichen. Herr Knoch antwortet, dass sogar eine Form von ranking angedacht sei.

Herr Schier fragt an, ob es denn nicht sinnvoll sei, sich nach der gymnasialen Sicht eine Stellungnahme der Haupt-, Grund- und Realschulen anzuhören oder schriftlich zu erhalten.
Herr Dr. Miege entgegnet, dass zum neuen Schulgesetz noch zahlreiche Verwaltungsvorschriften und Bestimmungen fehlen. Wenn diese im Laufe des nächsten Jahres vorlägen, könne man dann Sichtweisen anderer Schulen hören.

Frau Scheerer merkt an, dass die Verkürzung der Schulzeit einen höheren Stundenanteil in der Sek. I bewirke, so dass der Unterricht teilweise bis in die 7. und 8. Stunde gehen werde. Eine Versorgung mit Mittagessen sei in den meisten Schulen bisher nicht vorhanden und sie möchte wissen, wie man damit in Zukunft umgehen werde. Herr Knoch stimmt zu, dass dies ein Problem sei. In kleineren Bereichen könne man eine Mittagessenversorgung erreichen, wie derzeit in den Klassen 5 und 6. Eine eigene Mensa könne man nicht bauen. Der Sportunterricht am Nachmittag sei bspw. so spät gelegt, dass die Schüler erst zum Essen heimfahren können.

Die Mitteilungsvorlage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.
<-@

8 Bestimmung der beratenden und stimmberechtigten Mitglieder der

Schulkonferenzen zur Wahl der Schulleitungen

@->
Herr Dr. Miege erläutert, dass ergänzend zu dem Beschlussvorschlag zwei weitere beratende Mitglieder und ihre Vertreter aus der Mitte des Ausschusses zu wählen seien. Dafür gebe es zwei Möglichkeiten, zum einen die, dass alle Fraktionen einen Vertreter benennen und dann gelost werde, zum anderen die, dass sich Interessenten melden und in einem geheimen Wahlgang gewählt werde.
Herr Dr. Speer ergänzt, dass es sich bei der Regelung nur um die Regelung für diese Legislaturperiode handele.

Es wird zunächst nach grundsätzlichen Interessenten gefragt. Herr Mömkes, Herr Schier, Frau Beisenherz-Galas und Frau Lehnert melden sich.
Es wird beschlossen, offen abzustimmen. Die vier Gewählten stimmen dann untereinander ab, wer als beratendes Mitglied teilnimmt und wer die Vertretung übernimmt.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst einstimmig den folgenden Beschluss:

Herr Stadtverwaltungsdirektor Dr. Lothar Speer, Fachbereichsleiter Bildung, Kultur, Schule und Sport nimmt als stimmberechtigtes Mitglied des Schulträgers an Schulkonferenzen teil, bei denen die Wahl einer Schulleitung ansteht.

Im Verhinderungsfall vertritt ihn sein jeweiliger Vertreter im Amt, zurzeit Herr Stadtamtsrat Hans Pütz.

Herr Dr. Wolfgang Miege, Vorsitzender des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport nimmt als beratendes Mitglied des Schulträgers an Schulkonferenzen teil, bei denen die Wahl einer Schulleitung ansteht. Im Verhinderungsfall vertritt ihn sein Vertreter als Ausschussvorsitzender, Herr Josef Willnecker.

Frau Beisenherz-Galas, Frau Lehnert, Herr Mömkes und Herr Schier werden als beratende Mitglieder und ihre Vertreter aus der Mitte des Ausschusses gewählt.

<-@
@->
<-@

9 Gutes Abschneiden bei Vergleichsarbeiten

@->
Herr Dr. Miege spricht der Klasse 4b der Katholischen Grundschule In der Auen seinen Glückwunsch aus.

Die Mitteilungsvorlage wird ansonsten zur Kenntnis genommen.

<-@

10 Sachstandsbericht Offene Ganztagsschule

@->

Frau Lehnert bittet die Verwaltung um Mitteilung nach den Herbstferien, wie viele Plätze in den Schulen bis 15 bzw. bis 16.30 Uhr in Anspruch genommen würden. Herr Dr. Miege fügt an, dass die Schulstatistik erst im Oktober vorliegen werde.

Frau Scheerer möchte wissen, ob die Zahlen im nächsten Schuljahr konstant seien, da sie viel Wert auf die Verlässlichkeit für die Eltern lege.
Herr Dr. Speer antwortet, dass diese Frage Gegenstand der gemeinsamen Sitzung des ABKSS, JHA und AGFM am 23.11. sein werde.

Die Mitteilungsvorlage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

<-@

11 Netzwerkadministrator für das Schulzentrum Saaler Mühle

@->
Herr Dr. Miege schlägt die folgende Änderung des Beschlussvorschlags vor:
Die Anregung, am Schulzentrum Saaler Mühle einen Netzwerkadministrator zu beschäftigen, kann zu Zeit wegen fehlender Rahmenbedingungen nicht verwirklicht werden.
So halte man sich Möglichkeiten in der Zukunft offen.

Herr Mömkes findet es bedauerlich, dass derzeit keine Lösung gefunden werden konnte. Er fordert die Schulen und die Verwaltung auf, nach einer eigenen Lösung zu suchen. Es gebe Schulen, die diese Stelle mit Vertretungsstellen oder 1€-Kräften besetzt hätten.
Herr Dr. Speer erklärt, dass außer den Selbstständigen Schulen die Schulen keine Stellen kapitalisieren dürfen. Ein Netzwerkadministrator bedeute für die Kommune eine neue Aufgabe, die Schulen müssten also aus ihren eigenen Kräften dieses Personal stellen. Dem Schulträger seien die Hände gebunden.

Frau Koshofer fragt an, ob die EDV-Systeme der Schulen alle unterschiedlich seien.
Herr Dr. Miege antwortet, dass dies der Fall sei, zudem habe die Schule, wenn sie nicht selbstständig sei, keinen Etat für diese Angelegenheit.

Frau Lenz-Reichwein erkundigt sich, welche fachlichen Voraussetzungen ein Netzwerkadministrator haben müsse. Herr Dr. Miege erklärt, dass dies bevorzugt ein Informatiker sein müsse, um die Aufgaben erledigen zu können, es sei aber durchaus fachlicher Spielraum vorhanden.

Frau Scheerer regt an, dass die städtischen Netzwerkadministratoren die Aufgaben an den Schulen mit übernehmen könnten. Herr Dr. Speer antwortet, dass er in dieser Angelegenheit bereits Gespräche geführt habe, in der städtischen EDV-Abteilung seien dafür keine Personalkapazitäten frei.

Der Ausschuss fasst mehrheitlich, mit einer Gegenstimme der BFBB und zwei Enthaltungen der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den folgenden abgeänderten Beschluss:

Die Anregung, am Schulzentrum Saaler Mühle einen Netzwerkadministrator zu

beschäftigen, kann zu Zeit wegen fehlender Rahmenbedingungen nicht verwirklicht werden.

<-@
@->
<-@

12 Feststellung des Jahresabschluss 2005 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "GL Kultur / Kulturbetrieb Bergisch Gladbach"

@->
Herr Kleine regt an, dass man zukünftig den Beschlussvorschlag in Bezug auf den Jahresverlust um die Planzahlen ergänzen solle.
Herr Schier fragt an, woraus der hohe Fehlbetrag resultiere. Herr Dr. Speer antwortet, dass dies ausführlich in der Anlage des Berichts aufgeführt sei.

Der ABKSS fasst mehrheitlich, mit einer Gegenstimme der BFBB und einer Enthaltung der KIDitiative, den folgenden Beschluss:

Der Rat möge beschließen:

Der Rat stellt den Jahresabschluss 2005 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „GL – Kultur / Kulturbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach" fest.

Der Jahresverlust 2005 in Höhe von 4.172.117,68 Euro wird in Höhe von 3.923.709 ,00 Euro durch den Verlustausgleich der Stadt Bergisch Gladbach ausgeglichen. In Höhe von 6.353,54 Euro wird der Jahresfehlbetrag durch die allgemeine Rücklage abgedeckt. Es verbleibt ein Fehlbetrag in Höhe von 242.055,14 Euro, der auf neue Rechnung vorgetragen wird.

<-@
@->
<-@

13 Halbjahresbericht 1. Halbjahr 2006 für GL Kultur / Kulturbetrieb Bergisch Gladbach

@->
Herr Dr. Speer weist darauf hin, dass in der Tabelle auf Seite 44 die vorletzte Spalte „Δ zum Wirtschaftsplan" zu streichen sei, da darin Zahlen aus dem Vorjahr miteinander in Verbindung gebracht wurden, die keinerlei Relevanz hätten.

Herr Kleine fragt an, ob es richtig sei, dass es sich bei der Spalte „Ergebnis 2. Quartal 06" in der Tabelle auf Seite 44 um das kumulierte Ergebnis zum Ende des ersten Halbjahres handle. Dies ist richtig.

VHS
Herr Kleine erkundigt sich, ob man Gründe dafür kenne, dass die Teilnahme an Weiterbildungsangeboten in Deutschland seit einigen Jahren rückläufig und im internationalen Vergleich zu niedrig ist und ob man dem entgegenwirken könne.
Er lobt, dass die Qualitätsentwicklung durchgeführt werde und die Teilnehmerzahlen konstant bleiben.
Er sehe es mit Sorge, dass die weitere Entgelterhöhung die Teilnahme bildungsferner Gesellschaftsgruppen reduzieren werde und möchte wissen, ob man dem nicht

entgegenwirken könne. Er merkt an, dass der Deckungsgrad rückläufig sei und bittet um eine Prognose für die Zukunft.
Herr Ludwig erklärt, dass in der Weiterbildung in NRW eine Abbruchstimmung herrsche. Die Bildungsbenachteiligten seien eklatant unterprivilegiert. Der kommunale Spitzenverband habe zur erheblich gekürzten Landesförderung Stellung genommen. Er bittet die Fraktionen darum, auf die Landesparteien Einfluss zu nehmen. In Bergisch Gladbach könne man weder den Bedarf der Alphabetisierung befriedigen, noch ausreichend Jugendlichen ohne Schulabschluss Hilfe geben. Die Migrationsbildung habe ebenfalls erhebliche Defizite. In Bergisch Gladbach gebe es derzeit 175 Jugendliche ohne Schulabschluss, für 25 davon konnte man nun mit der KAS einen Lehrgang einrichten, in dem der Schulabschluss nachgeholt werde, dies sei erfreulich. Wenn die VHS nun in verschiedenen Projekten Fuß fassen könne, dann sei die Entwicklung des Deckungsgrads positiv zu sehen.

Herr Ludwig berichtet, dass es eine Aktion der Landesarbeitsgemeinschaften der Erwachsenenbildungseinrichtungen gebe, die den Titel „Bildung stört nur“ trägt. An dieser Aktion beteiligen sich 67 Volkshochschulen, um auf ihre Situation aufmerksam zu machen. Bergisch Gladbach habe sich daran nicht beteiligt, sondern selber Landtagsabgeordnete und den Ministerpräsidenten angeschrieben. Nun wolle man die Rückmeldungen abwarten.

Haus der Musik
Herr Kleine lobt, dass die Schülerzahlen gehalten und stabilisiert werden konnten. Er weist auf den Förderverein der Musikschule hin, der für die Arbeit der Musikschule wichtig sei.

Kunst- und Kulturbesitz
Herr Kleine dankt den ehrenamtlichen Kräften und möchte wissen, wer diese Leute seien und ob man auf Dauer auf die Kräfte zurückgreifen könne.
Herr Mömkes weist auf das Schulmuseum hin, das fast komplett von Ehrenamtlichen getragen werde. Er lobt die Arbeit des Galerie + Schloss e. V.
Frau Koshofer betont, dass sie nur Positives über die Ehrenamtler gehört habe.
Herr Dr. Speer erläutert, dass die ehrenamtlichen Aufsichtskräfte alle Mitglied des Galerie + Schloss e. V. seien. Diese bilden einen Pool, der die Grundlage zur Erstellung des Aufsichtsplans bilde.
Frau Koshofer erklärt, sie habe gehört, dass die Villa bei Vernissagen und ähnlichem gut besucht sei, in den anderen Zeiten seien aber nur wenige Besucher da. Sie regt an, eine Aufstellung zu erstellen, in der die Besucherauslastung zu den verschiedenen Zeiten dargestellt werde.
Herr Mumdey erklärt, dass der Erfolg einer städtischen Galerie sehr stark von Verbindungen und nicht von öffentlichen Zuschüssen abhänge.
Frau Beisenherz-Galas erwidert, dass man dies im Hinblick auf die steigenden Besucherzahlen nicht so negativ sehen dürfe.

Kulturbüro
Herr Mömkes erkundigt sich, wie sich der Materialaufwand in Höhe von 31.285 € zusammensetzt.
Frau Beisenherz.-Galas weist auf den Anteil der Miet- und Mietnebenkosten für das Kulturhaus Zanders in Höhe von 78.000 € jährlich an den sonstigen betrieblichen Aufwendungen hin. Sie möchte wissen, wie sich die Summe zusammensetze, an wen

die Summe gezahlt werde und ob man nicht eine Mietminderung verhandeln könnte.
Sie fragt an, wieso ausgerechnet das Kulturbüro die Planung zukünftiger Ferienprojekte des Roten Kreuzes übernehme.
Herr Kleine erkundigt sich nach den genauen Hintergründen des Mitarbeiterwechsels.

Frau Koshofer erklärt, dass der Vertrag für das Kulturhaus Zanders bis 2009 laufe, eine Mietminderung sei wünschenswert. Sie lobt die Erarbeitung des generationenübergreifenden Bildungsmodells.
Herr Dr. Speer erläutert, dass im Frühjahr 2005 Frau Binz zur inhaltlichen Arbeit von der Villa Zanders in das Kulturbüro hinzugekommen sei. So seien bis Ende 2005 drei Mitarbeiterinnen beschäftigt gewesen. Die Stelleninhaberin der reinen Verwaltungsstelle habe sich dann auf eine andere Stelle beworben, woraufhin die Stelle im Zuge der Haushaltssicherung nicht wiederbesetzt worden sei.
Durch den Einsatz von Frau Binz sei das Kulturbüro in der Lage, inhaltlich mit Ideen und Projekten mitzuwirken. So könne es dann passieren, dass sich Ideen auch auf andere Fachbereiche beziehen. Es würde angestrebt, mit diesen Fachbereichen zu kooperieren und zusammenzuarbeiten.
Bei der Gründung der „Stiftung Zanders-Papiergeschichtliche Sammlung“ sei die Stadt einen Stiftungsvertrag eingegangen und habe sich damit verpflichtet, für die räumliche Unterbringung zu sorgen. Dies sei zunächst die Villa Zanders gewesen, bis diese als Galerie genutzt wurde. Die Stadt sei dann verpflichtet gewesen, die Miete für die neue Unterbringung im Kulturhaus Zanders zu zahlen. Herr Zanders habe dann das Haus zurückgekauft, so dass die Miete an ihn gezahlt werde. Die Stadt sei mit dem Vertag bis 2009 gebunden. Herr Dr. Speer erklärt sich bereit, mit Herrn Zanders ein Gespräch bzgl. der Möglichkeit einer Mietminderung zu führen.
Bei dem Materialaufwand handele es sich aufgrund buchungstechnischer Gründe hauptsächlich um die Zuschüsse, die das Kulturbüro auszahlt.

Die Mitteilungsvorlage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.
<-@
@->
<-@

14 Bericht des Stadtarchivs über das erste Halbjahr 2006

@->
Herr Dr. Eßer erläutert, dass im Zuge der Vorbereitungen für das Stadtjubiläum andere Aktivitäten zurückstehen mussten. Er weist auf das Buch zur Stadtgeschichte als ein großes Projekt hin, die der Ausschuss im Jahre 20001 mit der Vorgabe, keinerlei städtische Haushaltsmittel in Anspruch zu nehmen, in Auftrag gegeben habe.

Frau Winkels fragt an, ob man den Lehrern der Sekundarstufe I nicht bestimmte Themen vorschlagen könne, um den Anteil der Besucher zu Schulzwecken wieder zu erhöhen. .
Herr Dr. Eßer antwortet, dass derzeit der Geschichtswettbewerb wieder anlaufe. Ein Rahmenthema sei dabei das Verhältnis von Jung und Alt in der Geschichte. Die Zusammenarbeit mit den Schulen setze das Engagement der Lehrer voraus. Nach dem Jubiläum habe man wieder zwei Schulklassen im Archiv gehabt, so dass eine Steigerung zu erwarten sei.

Die Mitteilungsvorlage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

<-@

15 Anpassung der Betriebssatzung der städtischen Kultureinrichtung "GL-Kultur / Kulturbetrieb Bergisch Gladbach" an die neue Eigenbetriebsverordnung

@->
Herr Dr. Speer erläutert, dass diese Anpassung für alle anderen eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen bereits durchgeführt wurde.

Der ABKSS fasst mehrheitlich, mit einer Gegenstimme der BFBB, den folgenden Beschluss:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt die Neufassung der Betriebssatzung GL-Kultur / Kulturbetrieb Bergisch Gladbach in der in der Anlage beigefügten Fassung.

<-@
@->

<-@

16 Benennung eines Wirtschaftsprüfers für die Jahresabschlüsse der Wirtschschaftsjahre 2006 und 2007 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Gl-Kultur / Kulturbetrieb Bergisch Gladbach"

@->
Herr Dr. Speer erläutert, dass der Ausschuss die Vorlage in der letzten Sitzung vertagt und die Verwaltung gebeten habe, zu recherchieren, inwieweit die Kanzlei sich in Bergisch Gladbach kulturell engagiere. Die Kanzlei unterstützt den Förderverein der Musikschule.

Herr Dr. Kerschner möchte wissen, seit wann die Kanzlei diese Aufgabe bereits übernehme. Herr Dr. Speer erklärt, dass die Kanzlei seit Bestehen der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung die Jahresabschlüsse prüfe.

Der ABKSS fasst mehrheitlich, mit einer Gegenstimme der BFBB und zwei Enthaltungen der KIDitiative und der FDP, den folgenden Beschluss:

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport benennt gemäß § 5 Abs 5 Satz 1 Eigenbetriebsverordnung die Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft Dr. Leyh, Dr. Kossow & Dr. Ott KG für die Prüfung der Jahresabschlüsse 2006 und 2007 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „GL-Kultur / Kulturbetrieb Bergisch Gladbach“

<-@
@-> <-@

17 Sonderförderung Kulturprojekte 2. Halbjahr 2006

@->
Herr Zalfen erkundigt sich nach den Kriterien, nach der die Verteilung der prozentualen Förderung vorgenommen wurde.
Frau Baran erläutert, dass es keine festen Kriterien wie bei den nun vorgesehenen Förderrichtlinien gegeben habe. Bei jedem Einzelfall habe man geprüft, ob der

Veranstalter bereits einen Zuschuss erhalten habe, ob eine Innovation vorliege etc.. Grundsätzlich habe man als Förderung 50 % des zu erwartenden Defizits angesetzt, die dann entsprechend nach oben oder unten gestuft wurde. Veranstaltungen anlässlich des Jubiläumsjahrs wurden dabei insbesondere berücksichtigt.

Frau Koshofer findet es bedauerlich, dass der Antrag der Kreativitätsschule keine Berücksichtigung finden konnte. Sie fragt an, wie sich das Projekt „Bon anniversaire“ finanziere, da die Kosten mit 5.970 € recht hoch seien.

Frau Beisenherz-Galas findet es höchst bedauerlich, dass die Projekte des Progymnasiums nicht gefördert werden. Herr Dr. Miege entgegnet, dass es sich bei diesen Projekten um keine Projekte im Sinne der Kulturförderung handle. Frau Koshofer schließt sich Frau Beisenherz-Galas an.
Herr Kleine ergänzt, dass die Förderung von Kultur und Sprache Gehörloser der Vermittlung von Wissen diene, dies entspreche nicht dem Kulturauftrag. Es handle sich eher um Projekte im Volkshochschulbereich. Eine Ablehnung bedeute nicht, dass man den Gehörlosen gegenüber negative eingestellt sei, man möchte lediglich eine stringente Abtrennung zum Weiterbildungsbereich erzielen.

Der ABKSS fasst mehrheitlich, mit drei Enthaltungen der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP, den folgenden Beschluss:

Aus den Mitteln der Sonderförderung Kultur werden folgende Projekte gefördert:

1. „Ausstellung Eduard Prüssen“ (Werkstattgalerie Bensberg)	*500 €*
2. „verschiedene Tanzdarbietungen“ (Ballettschule Korb-Hrankovic)	*400 €*
3. „Broschüre Lückerath“ (Berg. Geschichtsverein)	*300 €*
4. „Ausstellungsprojekt Rosine de Dijn“ (Freunde und Förderer der VHS)	*300 €*
5. „7. Heidkamper Kulturtage“ (Evgl. Kirche Zum Frieden Gottes)	*700 €*
6. „Bon Anniversaire“ (Michael Wittassek/Aurèlien Imbert)	*500 €*
7. “Leben und Arbeiten in Bergisch Gladbach um 1900“ (Stiftung Zanders - Papiergeschichtliche Sammlung)	*500 €*
8. „Förderung Kultur und Sprache Gehörloser“ (Progymnasium Bensberg)	*0 €*
9. „Multimediales Kulturfest“ (Kreativitätsschule)	*0 €*
10. „Allegro Europa“ (Carmen Daniela)	*0 €*

Gesamt
3.200 €
Im Wirtschaftsplan (HhSt. 1.300.715.03 Verlust abdeckender Zuschuss Kulturbüro) stehen noch 3.200 € für die Förderung von Kulturprojekten zur Verfügung.
<-@
@->
@->

18 Verabschiedung Kulturförderrichtlinien

@->
Herr Dr. Miege macht darauf aufmerksam, dass sich SPD und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN bereits seit 1987 für die Erstellung von Kulturförderrichtlinien eingesetzt haben.

Herr Mömkes erklärt, dass die Verwaltung eine gute Richtlinie ausgearbeitet habe

und der Verabschiedung nichts im Wege stehe.

Herr Schier lobt die Verwaltung und erkundigt sich, ob sich der unter 1. Kulturprojektförderung aufgeführte 9. Spiegelstrich „Dieselbe Veranstaltung kann nur einmal durch die Stadt gefördert werden“ auf ein Jahr beziehe, oder ob dies generell gemeint sei. Frau Baran erklärt, dass sich dies auf das jeweilige Jahr beziehe, in 2007 und 2008 könne bspw. dieselbe Veranstaltung gefördert werden.
Frau Baran wird den Spiegelstrich folgendermaßen ergänzen: Dieselbe Veranstaltung kann **pro Jahr** nur einmal durch die Stadt gefördert werden.

Herr Schier fragt an, wieso der Antrag auf Förderung eine Angabe über die Zahl der aktiven Mitglieder des Vereins enthalten müsse, wenn die Rechtsform eines Vereins nicht zwingend vorgeschrieben sei, die Mitgliederzahl könne dann doch nicht relevant sein.
Frau Baran erklärt, dass es sich dabei um eine zusätzliche Informationsabfrage bei Vereinen handele, die aber nicht relevant für die Antragstellung sei.

Herr Schier möchte den Antrag stellen, dass der auf Seite 79 genannte zweite Kriterienblock unter b) an den Anfang der unter b) aufgeführten Kriterien gesetzt werde, da dieser Kriterienblock konkreter sei und damit eine größere Bedeutung habe.
Der Änderungsantrag wird mit zwei Ja-Stimmen der FDP mehrheitlich abgelehnt.

Herr Kleine macht den Vorschlag, den 1. Spiegelstrich unter „c) Bemessung der Zuschüsse, förderungsfähige Kosten“ „Eine Förderung ist grundsätzlich nur möglich bei Ausnutzung aller Förderungsmöglichkeiten durch andere Stellen“ um den Zusatz „**vorheriger** Ausnutzung“ zu ergänzen. Zudem regt er an, die Information des Ausschusses zeitlich nicht zu streng zu handhaben und den Ausschuss zweimal jährlich zu informieren.
Der Änderungsantrag wird abgestimmt und mit einer Enthaltung der KIDitiative mehrheitlich angenommen.

Frau Baran wird die Vorlage für den Rat entsprechend abändern.

Herr Dr. Kerschner fragt an, ob man sich nicht Chancen verbaue, indem man, wie unter „1.a)
Förderungswürdigkeit, Voraussetzungen“ aufgeführt, nur in Bergisch Gladbach Ansässige zur Förderung zulasse. Er beantragt, den 1. Spiegelstrich abzuändern in „Die Gewährung von Zuschüssen setzt voraus, dass der/die Antrag Stellende in Bergisch Gladbach tätig werden will“.
Der Antrag wird einstimmig angenommen und von Frau Baran in die Ratsvorlage eingearbeitet. (nachrichtlich: Unter „I. Förderungswürdigkeit, Voraussetzungen“ wurde die Änderung ebenfalls analog eingearbeitet).

Herr Dr. Kerschner erkundigt sich nach der genauen Bedeutung und Aussage des unter 1c) Bemessung der Zuschüsse, förderungsfähige Kosten aufgeführten 5. Spiegelstrichs „Die Stadt Bergisch Gladbach leistet eine anteilige Fehlbedarfsfinanzierung, d. h. sie trägt zur Deckung des Fehlbedarfs bei, der insoweit verbleibt, als der/die den Antrag Stellende die zuwendungsfähigen Ausgaben nicht durch eigene oder fremde Mittel zu decken vermag“. Frau Baran erläutert, dass die Stadt das tatsächlich entstandene Defizit der geförderten Veranstaltung mit dem in

den Richtlinie festgelegten Prozentsatz fördere, soweit der Antragsteller die Ausgaben nicht durch eigene oder fremde Mittel decken könne.

Herr Dr. Kerschner fragt an, wie man es praktisch handhaben wolle, die Spenden bei der Berechnung der Einnahmen nicht zu berücksichtigen und wer die Entscheidung treffe, ob es sich um Sponsoring oder eine Spende handle. Herr Dr. Miege erläutert, dass Sponsoring mittelbar voraussetze, dass der Sponsor genannt werden möchte. Spenden seien häufig anonym und ohne Namensnennung.
Herr Dr. Kerschner stellt den Antrag, die Spende zu den Einnahmen hinzuzählen.
Der Antrag wird mit drei Ja-Stimmen von KIDitiative und FDP mehrheitlich abgelehnt.

Der ABKSS fasst mehrheitlich, mit vier Enthaltungen der KIDitiative, FDP und BFBB den folgenden **ergänzten** Beschluss:

Der Rat möge beschließen:
Die Kulturförderrichtlinien in der vorgelegten Fassung, **mit den durch Anträge vom ABKSS beschlossenen Änderungen und Ergänzungen,** *treten zum 1. November 2006 in Kraft.*
<-@
@->
-@

19 Abschlussbericht Projekt Ost-West-Integration

@->
Der Abschluss des Projektes wird vom Ausschuss bedauert.
Herr Schier erkundigt sich, um welche Angebote es sich bei den in Zukunft weiterhin regelmäßigen Angeboten handele. Herr Ludwig erläutert, dass der Kultur- und Gesprächskreis für Migrantinnen, ein Deutsch-Polnischer Gesprächskreis und Frauenkurse weiter angeboten werden, die teilweise über Spenden finanziert werden. Darüber versuche man eine Jugendgruppe und die Kurse „Deutsch als Fremdsprache für Jugendliche“ weiterhin zu fördern. Herr Ludwig wird den Ausschuss in einer der nächsten Sitzungen über die weiterhin angebotenen Kurse informieren.

Die Mitteilungsvorlage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.
<-@

20 Entgelte für die VHS-Veranstaltungen 2007

@->
Herr Kleine bedankt sich bei Herrn Ludwig, da in der Vorlage die Abweichungen mit aufgeführt wurden, dies habe das Lesen erleichtert.

Herr Schier regt an, ob es nicht möglich wäre, im Sinne der Transparenz eine tabellarische Darstellung für die einzelnen Jahre vorzunehmen, um Veränderungen offensichtlicher zu machen.

Frau Beisenherz-Galas fragt an, warum gerade die Entgelte im Fachbereich 3 Gesundheit auf 4 € erhöht wurden. Herr Ludwig erläutert, dass dies ein Hinweis aus der FDP gewesen sei, die individuellen Angebote in der Kalkulation neu zu

überdenken. Es sei ein Trend der Zeit, dass jeder für die Gesundheitsbildung selbst verantwortlich sei, so dass dort die Anhebungen vorgenommen wurden.

Herr Dr. Bernhauser merkt an, dass die neue Preiskalkulation im Vergleich zu anderen Volkshochschulen moderat sei.

Frau Koshofer fragt an, wie es die Stadt Aachen schaffe, ihre Kurse so preiswert anzubieten.
Herr Ludwig erläutert, dass die VHS Aachen 20 hauptamtlich pädagogische Mitarbeiter habe. Dies sei eine kommunalpolitische Entscheidung.

Der ABKSS fasst mehrheitlich, mit einer Enthaltung der BFBB, den folgenden Beschluss:

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport empfiehlt dem Rat, die Entgelte für 2007 zu beschließen.

<-@
@->
<-@

21 Neues Konzept Bücherei Bensberg

@->
Herr Dr. Speer erläutert, dass es seit dem gestrigen Tage eine neue Entwicklung gebe. In einem Gespräch aller Beteiligten sei gegenüber der Verwaltung die neue Forderung erhoben worden, einen Betriebskostenzuschuss in Höhe von 30.000 bis 50.000 € zu zahlen. Dies mache neue Überlegungen notwendig.
Herr Mumdey schlägt vor, dem Ausschuss in der nächsten Sitzung eine neue Vorlage zu präsentieren.

Frau Beisenherz-Galas merkt an, dass ihres Wissens das Literaturcafé und die Bücherei zwei völlig voneinander getrennte Dinge seien. In der Vorlage sei dies anders dargestellt. Herr Dr. Miege und Herr Dr. Speer erklären, dass Bücherei und Literaturcafé eins seien und beide im Neubau untergebracht werden sollen. Laut Frau Beisenherz-Galas habe Herr Lowey dies anders dargestellt.
Sie äußert sich verwundert darüber, dass die alte Bücherei zum 31.12.2006 geschlossen werden solle, man habe doch bereits von der Stadt die Zusage bis 2007 erhalten.

Herr Dr. Miege bittet darum, die alte Vorlage nicht weiter zu diskutieren sondern die neue Vorlage abzuwarten.

Herr Mömkes dankt der Verwaltung und allen Beteiligten dafür, dass sie seine Anregung aufgegriffen und ein Konzept entwickelt haben, das vom Verein für die öffentliche Bücherei, dem Progymnasium, der Stadt Bergisch Gladbach und der Mäzenin modellhaft getragen werde.

Herr Mumdey stellt anhand eines Zitats aus einem Brief an das Progymnasium klar, dass von einer Aufhebung von Ratsbeschlüssen nicht die Rede war, dies wurde dem Vorstand auch so mitgeteilt. Eine Erhaltung der Bücherei in der Schlosspassage bis 2007 sei somit nicht zugesichert worden.

Herr Dr. Speer erklärt, dass der Ausschussbeschluss zur Schließung der Stadtteilbücherei weiterhin Bestand habe. Parallel entwickle sich ein komplett neues Modell. Unter der Voraussetzung, dass dieses neue Modell greifen könne, sollte man die Bücherei überführen. Sollten die Verhandlungen jedoch scheitern, werde die Bücherei zum 31.12.2006 geschlossen.

Herr Mumdey erklärt, dass in der gesamten Korrespondenz von einem Betriebskostenzuschuss bisher nie die Rede war, so dass diese Forderung völlig neu sei. Ziel bleibe weiterhin der Erhalt der Bücherei.

Die Mitteilungsvorlage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

<-@
@->
<-@

22 Neues Konzept Erdgeschoss Villa Zanders

@->
Herr Dr. Speer bittet darum, auf der Seite 103 in der Personal- und Nebenkostentabelle bei dem Punkt „Großer Löwenflügel“ das Wort „Großer“ zu streichen.
Frau Himmelheber erläutert, dass der Flügel in der Villa stehe, aber im Eigentum des Haus der Musik sei.

Herr Kleine regt an, dem Fachbereichsleiter/der Fachbereichsleiterin in der Geschäftsordnung unter Ziffer 2. ein Vetorecht einzuräumen. Dem stimmt der Ausschuss zu, der Beschlussvorschlag wird um das Vetorecht ergänzt. Frau Baran wird die Änderung in der Ratsvorlage vornehmen.

Frau Beisenherz-Galas fragt an, ob es nicht möglich wäre, dass die Villa für Benefizveranstaltungen weiterhin kostenlos genutzt werden könne. Herr Dr. Speer erklärt, dass dies unter betriebswirtschaftlichen Aspekten nicht möglich sei. Das Konzept sei entwickelt worden, um die Einnahmenseite des Kulturbebtriebs zu verbessern. Zudem sei die Abgrenzung schwierig, was eine Benefizveranstaltung ist und was nicht. Frau Beisenherz-Galas zieht den Antrag zurück.

Der ABKSS fasst einstimmig den folgenden **ergänzten** Beschluss:

Der Rat möge beschließen:

1. *Das neue Konzept zur Nutzung der Villa Zanders wird zum 1.1.2007 umgesetzt.*
2. *Die Verwaltung wird ermächtigt, die Vereinbarung mit dem Galerie+Schloss e. V. abzuschließen.*
3. *Die Geschäftsordnung*, **bei Ziffer 2. ergänzt um das Vetorecht des Vorsitzenden/der Vorsitzenden**, *tritt zum 1.1.2007 in Kraft.*
4. *Die Entgeltordnung und die Nebenkostentabelle treten zum 1.1.2007 in Kraft.*

<-@
@->
<-@

23 Annahme einer Schenkung

@->
Der ABKSS fasst einstimmig den folgenden Beschluss:

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, die Schenkung des Herrn Dr. Walther Schiebel anzunehmen.

<-@
@->
<-@

24 Fußballweltmeisterschaft 2006, Brief des Außenministers

@->
Die Mitteilungsvorlage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.
<-@

25 Anerkennung der Förderungswürdigkeit der Maßnahmen gemäß den Richtlinien für die Sportförderung der Stadt Bergisch Gladbnach

@->
Herr Dr. Speer ergänzt, dass noch zwei weitere Anträge vorlägen, die derzeit aber noch geprüft würden. Sollten Sie in diesem Jahr noch entscheidungsreif werden, seien dafür noch Mittel vorhanden, über die der Ausschuss dann beschließen könne.

Frau Koshofer wundert sich, dass der Antrag von Blau-Weiß Hand zunächst abgelehnt und nun doch genehmigt werden solle. Zudem kritisiert sie, dass der Schießsport, der nicht von der breiten Masse betrieben werde, mit einer so hohen Summe gefördert werden solle. Der Eissport werde von wesentlich mehr Menschen betrieben, so dass die Verhältnismäßigkeit nicht gegeben sei.

Herr Willnecker erklärt, dass es hier um eine Investition gehe, Fördermittel seien beantragt worden, dies sei ausschlaggebend.
Herr Dr. Speer stellt klar, dass die Auszahlung des Zuschusses an Blau-Weiß Hand im letzten Jahr nicht erfolgen konnte, da man zu diesem Zeitpunkt noch nicht über die Investitionsdringlichkeitsliste verfügt habe. Die Genehmigung dieser Liste sei erst im Jahr 2006 erfolgt, so dass der Antrag in diesem Jahr erneut gestellt wurde.

Herr Neu argumentiert, dass man in dieser Stadt mehr Schießsportler als Eissportler habe.
Frau Beisenherz-Galas schließt sich Frau Koshofer an, Schießsport halte sie für problematisch und eine Unterstützung dieses Sports mit 20.000 € nicht richtig.
Frau Koshofer fügt an, dass auch die Schulen die Eissporthalle nutzen würden.

Herr Kleine erklärt, dass eine Abneigung gegen den Schießsport nicht unbedingt die Objektivität erhöhe. Man müsse es rein praktikabel sehen. 25.000 € seien im Haushalt vorhanden, zwei Anträge lägen vor, keine weiteren Anträge seien zu beschließen, so dass niemand ausgeschlossen werde.

Herr Willnecker schließt sich dem an.
Herr Zalfen erklärt, dass beim Eissport mehr Verletzungen vorkämen als beim Schießsport. Was seine Fraktion ärgere, sei der Zuschussbedarf zum Betrieb der

Eissporthalle.

Der ABKSS fasst mehrheitlich, mit zwei Gegenstimmen der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und einer Enthaltung der FDP, den folgenden Beschluss:

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport erkennt die Förderungswürdigkeit der Maßnahmen gemäß Ziffer 4.1. der Richtlinien für die Sportförderung der Stadt Bergisch Gladbach für den SV Blau-Weiß Hand e. V. und den Schieß-Sport-Club Bergisch Gladbach 1864 e. V. an.

Die Haushaltsmittel stehen im Vermögenshaushalt (Haushaltsstelle 1.550.988.05 „Investitionszuschüsse) zur Verfügung.

<-@

26 Änderungsvereinbarung zum Trägerschaftsvertrag Bürgerzentrum Refrath Steinbreche

@->
Herr Mömkes erklärt sich als befangen.

Der ABKSS fasst einstimmig den folgenden Beschluss:

Der Rat möge beschließen:
Der Trägerschaftsvertrag wird in der vorliegenden Form beschlossen.
<-@
@->
<-@

27 Verlängerung des Besitzüberlassungsvertrages Bürgerzentrum Schildgen

@->
Frau Lehnert fragt an, wie sich die Mieten im Bürgerzentrum Schildgen zusammensetzen, da ihres Wissens der TUS Schildgen gleichzeitig Mieter und Vermieter sei und auch Fremdvermietung mache. Sie möchte wissen, in welchem Verhältnis dies zueinander stehe.
Herr Dr. Speer verweist auf den Rechenschaftsbericht aus dem letzten Ausschuss. Er sichert eine Mitteilung mit dem Protokoll oder in der nächsten Ausschusssitzung zu (nachrichtlich: Die Beantwortung erfolgt in der nächsten Ausschusssitzung).

Frau Koshofer weist darauf hin, dass das Modell in Refrath offensichtlich besser angenommen wurde sei, da der TUS Schildgen weiterhin auf einen möglichen Verlustausgleich in Höhe von 10.000 € angewiesen sei.
Herr Dr. Speer erklärt, dass das Modell in Refrath tatsächlich besser angenommen wurde, so dass dort die Wirtschaftslage ungleich günstiger sei. Diese nun eintretenden finanziellen Veränderungen würden aber alle haushaltsneutral und in dem vom Ausschuss im Jahr 2004 beschlossenen Finanzrahmen abgewickelt.

Der ABKSS fasst einstimmig den folgenden Beschluss:

Der Rat möge beschließen:
Der Besitzüberlassungsvertrag wird in der vorliegenden Form beschlossen.

<-@
@->
-@

28 Anträge der Fraktionen

@->
Es liegen keine Anträge vor.
<-@

29 Anfragen der Ausschussmitglieder

@->
Herr Dr. Miege erkundigt sich nach dem Ergebnis aus dem Schriftwechsel zwischen der Integrierten Gesamtschule Paffrath und der Verwaltung in Bezug auf die Säuberung der Außenanlagen und der Turnhallenrenovierung. Die Anfrage wird schriftlich beantwortet.

Weiterhin erkundigt sich Herr Dr. Miege, wann die Sanierungsarbeiten an den beiden Hander Grundschulen beginnen und in welchem Umfang sie durchgeführt werden sollen, welche Sanierungsarbeiten in der Sport- und Gymnastikhalle geplant sind, wann sie durchgeführt werden und ob der Schul –und Vereinssportbetrieb während der Sanierungsarbeiten weiter uneingeschränkt möglich sein wird. Er möchte wissen, ob die Vereinssportnutzung in der Sport- und Gymnastikhalle während der Sanierungsarbeiten weiter möglich sein wird, und ob die Verwaltung aufgrund des Sanierungsstaus an den beiden Schulen Gesundheitsgefahren für die Schülerinnen und Schüler sieht.
Herr Dr. Speer antwortet, dass die Sanierung der Toilettenanlagen in Angriff genommen werden kann, sobald der Ratsbeschluss vorliegt, dass bei der Offenen Ganztagsgrundschule von einer Versorgungsquote von 60 % ausgegangen wird. Die Anfrage wird schriftlich beantwortet, da Rücksprache mit dem Fachbereich 8 genommen werden muss. (nachrichtlich: Aufgrund der notwendigen Weiterleitung der Anfrage an den FB 6 und der Abstimmung mit dem FB 8 wird die Anfrage mit der Einladung zu nächsten Sitzung beantwortet).

Als letzten Tagesordnungspunkt im öffentlichen Teil verabschiedet Herr Dr. Miege Frau Himmelheber, die zum Ende des Monats Oktober in den Ruhestand tritt, und dankt ihr für die geleistete Arbeit. <-@